

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis für den Monat Februar Mark 1300.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 1300.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 50 M. u. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Reutlingen, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettizelle oder deren
Raum M. 80.—, auswärts M. 90.—, u. Reklame-
zelle 220 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. u. In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagengewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Waldbad.

Nummer 36 Februar 179 Waldbad, Dienstag, den 13. Februar 1923 Februar 179 58. Jahrgang

Zeichnet für die „Schwäbische Ruhrhilfe“!

Gegen die Devisenspekulation

Ein neues Notgesetz

Mancher harmlose Zeitgenosse, der noch nicht tief genug in die Geheimnisse der Valutasppekulation eingedrungen ist, wundert sich wohl, daß der Dollar in dieser Woche so stark, obwohl doch jeder Tag, ja fast jede Stunde eine neue Hubschraff bringt, die auf die Steigerung der Devisen (ausländische Zahlungsmittel) eigentlich anfeuernd wirken müßte. Warum steigt die Mark? Leider steigt sie ja viel zu wenig. Im Verhältnis zur Lebensmittelpreisung steigt sie überhaupt nicht. Was ist also der Grund für die Devisenschwäche? Ganz einfach: Die Reichsbank arbeitet mit Hochdruck, um Devisen zum Verkauf herauszubringen. Sie kann das mit größerer Leichtigkeit als früher, weil die Entschädigungszahlungen eingestrichelt sind. Man sieht jetzt deutlich, wie verheerend das ständige amtliche Hamstern von Devisen zur Goldzahlung an die Entente auf die deutsche Währung wirken mußte. Die Reichsbank wirft aber jetzt nicht nur selber möglichst viele Devisen aus, sondern sie sorgt auch dafür, daß andere Banken das selbe tun. Das Reichsbankdirektorium richtete schon vor einiger Zeit ein Schreiben an den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, worin dringend von der weiteren Vorsehung der Devisen abgeraten wurde. Dieses Schreiben ist jetzt auch den Sparkassen und Kreditgenossenschaften zugegangen, kurz allen Anstalten, die mit der Kreditgewährung zu tun haben. Die Anstalten, die es trotzdem nicht unterlassen, die eingezahlten Devisen ihrer Kunden zu beleihen, werden ihrerseits von der Kreditgewährung der Reichsbank ausgeschlossen. Es besteht also ein gewisser Druck, der dahin führen soll, daß beliebige Devisen auf den Markt herauskommen und hier die überstiegenen Kurse zum Weichen bringen.

Die Regierung will aber noch ein Uebrigtes tun, um die Währung zu retten. Ihre Pläne werden von verschiedenen Seiten angegriffen. Finanzminister Hermes erklärte im Hauptauschuß des Reichstags, der Preissteigerung könne man nur von der Devisenseite her beikommen und in dieser Richtung seien schon seit einiger Zeit die notwendigen und möglichen Maßnahmen eingeleitet. Der Staatskommissar an der Berliner Börse berichtete im Hauptauschuß des preussischen Landtags über das neue Notgesetz gegen die Devisenspekulation Näheres. Das Gesetz, das dem Reichstag sofort nach seinem Wiederausbruch vorgelegt wird, soll die bisherigen Bestimmungen gegen die Devisenspekulation „ergänzen“. Die Zulassung der Börse soll eingeschränkt werden, jedoch zweifelhafte Elemente fernbleiben. Die Anmiserberichte gewisser Zeitungen werden unterdrückt. Die beiden letzteren Maßnahmen sind natürlich zu begrüßen. Sie werden gute Wirkung ausüben, wenn auch nur nebensächliche.

Die Hauptfrage ist das neue Devisengesetz. Soll man Hoffnungen daran knüpfen? Der Kampf gegen die Devisenspekulation wurde bisher geführt durch zwei Verordnungen, die eine vom 12. Oktober 1922, die andere als sog. Ausführungsverordnung vom 27. Oktober 1922. Beide Verordnungen stützten sich auf das Devisenhandelsgesetz vom 2. Februar desselben Jahres. Devisengeschäfte wurden grundsätzlich nur unter Mitwirkung der Banken erlaubt, Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln bei Inlandsgeheimnissen verboten. Verkaufte z. B. ein Chemiker Strumpfabrikant einem Berliner Großhändler Ware zu Dollars, so war dieses Geschäft nicht legal und strafbar. Für den Kleinhandelsverkauf gingen die Bestimmungen sogar soweit, daß der Preis nicht einmal in Mark nach dem jeweiligen Stand einer ausländischen Währung berechnet werden darf. Verkaufte ein Möbelgeschäft eine Zimmereinrichtung für einen Marktpreis, der auf der Grundlage von 100 Dollar zu berechnen und bei der Befreiung zahlbar ist, so machen sich die Vertragsparteien strafbar.

Was ist durch diese Strafrechtstheorie erreicht worden? Leider nichts oder so gut wie nichts. In der Stille wurden nach wie vor unzählige Verträge in ausländischer Währung abgeschlossen und zwischen Inlandspartnern prompt bezahlt. Wurde das „Verbrechen“ ruhbar, so sah man einfach einen ausländischen Strohmann vor, mit dem man ja in fremder Valuta reden durfte. Was den eigentlichen Devisenhandel anlangt, so hörte er zwar offiziell auf, aber an seiner Stelle begann der geheime Handel mit ausländischen Anweisungen, Wechseln und Noten. Er wird durch verborgene Kanäle geleitet und weiß nur den Unterschied zum legitimen Handel auf, daß den Banken die früheren Sätze für Provision und Courtagé und

Tagespiegel

Reichspräsident Ebert und Reichsinnenminister Cseke weilten am Montag in Karlsruhe und nahmen Führung mit Behörden und Bewohnern des neu besetzten badischen Gebiets.

Der Reichstag behandelte am Montag das Notgesetz, wobei Reichswirtschaftsminister Secker sich über die Lage im Ruhrgebiet äußerte.

Frankreich und Belgien haben in einer Note den Aufenthalt deutscher Minister im Ruhrgebiet verboten, ähnlich der französische Kommandant in Effenburg gegenüber badischen Ministern.

Die Lage im besetzten Gebiet hat durch ein feindliches Ausfuhrverbot für Industrieerzeugnisse, namentlich solche der Metallindustrie, eine neue Verschärfung erfahren. Neue Plutaten, Verhaftungen und Anweisungen sind zu verzeichnen.

Mussolini erklärte in der italienischen Kammer, eine Vermittlung in der Ruhrfrage sei aussichtslos.

Die Türken haben wegen der alliierten Flottenansammlung in Smarna ein neues Ultimatum gestellt.

Der Regierung die Steuern beim An- und Verkauf entzogen werden. Jede Hausangehörige kauft sich beim ausländischen Zimmerherrn fremdes Geld oder auch Schecks und spekuliert damit. Wer kann es hindern? Wie soll man das überwachen? Das neue Gesetz müßte ein Ausbund kriminalistischer Seelentunde sein, um die Spekulation schärfer als bisher zu treffen. Die Besserung wird wieder nicht vom grünen Tisch her, sondern nur durch einen allgemeinen Umschwung der politischen und wirtschaftlichen Lage kommen. Schon ein Schimmer von Hoffnung auf diesen Umschwung brachte den Aufstieg.

Die schwarze Schmach im Ruhrgebiet

Immer neue Farbigen-Regimenter

Aus den Städten des unglücklichen Ruhrlands häufen sich die Meldungen, daß die französischen Militärbehörden immer neue Truppenmassen in die Schulen, Hotels und Wohnungen der hartgeprüften deutschen Bevölkerung einquartieren. Für den Bezirk Essen ist nach eine ganze Division angekündigt. Eine ebensolche Nachricht liegt aus Düsseldorf vor. Im ganzen schätzt man die Zahl der „Eroberer“ im neubesetzten Gebiet schon jetzt auf 200 000 Mann. Von diesen sind nur ein Teil weiße Franzosen, ein anderer Teil, der größere — Farbig: Wenn neben den sonstigen Protesten und Maßnahmen gegen die politische Vergewaltigung die Notwendigkeit besteht, über diese dunkelste Seite des Franzosen-eindrucks zu sprechen, so ist der Augenblick jetzt wieder gekommen. Die „schwarze Schmach“ wurde bisher vielfach als eine vielleicht etwas übertriebene Befürchtung angesehen, merkwürdigerweise gerade in Deutschland, während das neutrale Ausland dieser furchtbaren Angelegenheit weit stärkere Beachtung schenkte. Die deutschen Behörden verbieten „aus diplomatischen Gründen“ die Verfassungen, die sich mit diesem Schandfleck beschäftigen wollten, und der bekannte Aufklärungsfilm wurde unterdrückt. Die Franzosen hatten mit der Gegenpropaganda verhältnismäßig leichtes Spiel. Vor allem behaupteten sie, es seien überhaupt keine „Schwarzen“ da. Es handelte sich nicht um die Neger, allerdings nicht. Es handelt sich um Farbig, die viel gefährlicher für die weiße Rasse sind, als der Neger, der wie z. B. in Nordamerika leicht getrennt gehalten wird und auf seine Rasse angewiesen bleibt. Es handelt sich im französischen Heer um Marokkaner, Algerier (die Spahis), Senegalesen, Madagassier, Tonkinesen und Adamiten. Aus diesen Rassen setzen sich zurzeit 200 Bataillone = 245 000 Mann zusammen, die jetzt zum größten Teil in Nordfrankreich und im besetzten deutschen Gebiet stehen.

Diese Farbigen aus halbivilisierten und unzivilisierten Ländern waren bisher schon im Rheinland auf die wehrlose deutsche Bevölkerung losgelassen, durften ihre Lust ausleben. Die Folgen der Vermischung dieser „Eroberer“ mit dem „befestigten“ Volk sind zweierlei. Einmal die Gefahr der Rassenverderbnis, ähnlich wie zur Zeit des römischen Kaiserreichs in Mittel- und Unteritalien, das noch heute die Spuren davon aufweist und ein grauenvolles Bild der Heritorung der weißen Rasse und ihrer Kultur bietet. Heute schon steht

man in der Pfalz häufig die Spuren der von der französischen Regierung mit voller Absicht eingeleiteten deutschen Rassenverderbnis.

Die andere Gefahr sind die Krankheiten. Mit den farbigen Truppen Frankreichs ist die besonders verderbliche Form der tropischen Seuche aus Afrika und Hinterindien nach Europa gekommen. So, wie die Franzosen einst aus den Kreuzzügen die Seuche nach Europa gebracht haben, so tun es jetzt in verstärktem, verschlimmerten Maßstab ihre farbigen Soldaten zum zweitenmal. Die Berichte von Verstärkten aus dem Rheinland über die Zunahme dieser Krankheiten entrollen ein entsetzliches Bild, das bald durch die Erfahrungen im Ruhrgebiet „bereichert“ werden wird. Ein Bremer Verein hat sich an 19 medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten gewandt und Gutachten der ersten Kräfte auf medizinischem Gebiete erhalten. Die Gutachten weisen nach, daß die farbigen Franzosen auch Typhus, Ruhr, Pest, Cholera und Lepra (Ausfall) einzuschleppen drohen. Dem deutschen Reichstag haben schon verschiedene statistische Berichte und Anfragen vorgelegen. Eine Denkschrift über die Untaten der farbigen Franzosen ist in Vorbereitung. Es ist an der Zeit, daß die „Schwarze Schmach“ endlich ihre öffentliche und parlamentarische Erdrierung findet.

Was Frankreich an deutschen Kriegsgefangenen verdient hat

In der Zeit nach dem Abschluß des Waffenstillstandes 1918 bis zum Frühjahr 1920 waren über 260 000 deutsche Kriegsgefangene mit gefahrrohen Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs beschäftigt. Gar manchen von ihnen, den die Kugel im Krieg verfehlt hatte, hat später bei den Räumungsarbeiten die blindgegangene Granate zerissen. Als Entschädigung für diese Arbeit zahlte Frankreich den deutschen Kriegsgefangenen ein tägliches Taschengeld von 20—40 Centimes (16—32 Pfg.), während die französischen Arbeiter in jener Zeit einen Tageslohn von 25—30 Franken erhielten. Nach Abzug aller von der französischen Regierung für den Unterhalt und die Arbeit unserer Kriegsgefangenen aufgewandten Beiträge hat Frankreich durch diese Kriegsgefangenenarbeit einen überschüssigen Gewinn von anderthalb Milliarden Goldfranken erzielt, der aber keineswegs von der verlangten Kriegsentuschädigung abgeschrieben worden ist.

Einreiseverbot für deutsche Minister

Paris, 12. Febr. Nach der Besprechung Poincarés mit dem belgischen Außenminister Jaspar wurde eine Note an die deutsche Reichsregierung gerichtet:

Die belgische und die französische Regierung haben festgestellt, daß der Besuch des Reichskanzler Cuno im Ruhrgebiet und seine dort ausgeübte Aktion einzig und allein den Zweck gehabt hat, gefährliche Erregungen, besonders unter den Großindustriellen, Angestellten und Staatsbeamten, herbeizuführen. Unter diesen Bedingungen sehen sich die französische und belgische Regierung, welche im Interesse der Bevölkerung stets bestrebt sind, Wirren zu vermeiden, die einen blutigen Verstoß haben könnten, genötigt, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder mitzuteilen, daß die Reichsminister und die Minister der Länder nicht mehr die Erlaubnis erhalten werden, das Ruhrgebiet zu betreten.

Von amtlicher deutscher Seite wird zu der Note erklärt: Wo dürfen deutsche Minister sich auf deutschem Boden nicht mehr frei bewegen! Man betrachtet offenbar in Frankreich das Ruhrgebiet nicht mehr als deutsches Gebiet. Wenn sich die französische Regierung tatsächlich zu einer so ungeheuerlichen Maßnahme entschließen sollte, würde sie damit auch den wenigen, die noch an friedliche und nur wirtschaftliche Ziele der französischen Politik glauben, die Augen öffnen. Der Hinweis auf die Interessen der Bevölkerung stellt den Gipfel der Heuchelei dar.

London, 12. Febr. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Note bedeute nichts anderes, als daß Frankreich und Belgien an Stelle Deutschlands die volle Souveränität im besetzten Gebiet beanspruchen.

Ueber die unverschämte Befeldigung der deutschen Minister ein Wort zu verlieren, erübrigt sich wohl. Reichskanzler Cuno wird die Antwort nicht schuldig bleiben. Aber man muß darauf hinweisen, daß Poincaré und die Belgier es

schon gar nicht mehr der Mühe wert machen, ihre Land-
reuepläne zu verhallen. Die Verhaftung und Aus-
weisung der höheren Beamten und der leitenden Männer der
Bergindustrie soll offenbar den Abwehrkampf um jeden Preis
erleichtern, indem man die Führer entfernt und damit zugleich
in den besetzten Gebieten das Gefühl des Verlassenseins er-
zeugen möchte, in der Hoffnung, daß die führerlos gemachten
Masse leichter zum Umfall verleitet werden können. Daß
der Abwehrkampf gerade von unten entstünde ist, das
haben die Franzosen scheinbar noch nicht erkannt. Sodann
aber soll das besetzte Gebiet dem Einfluß der Reichsregierung
entzogen werden, um es an die französische Herrschaft zu ge-
wöhnen. Nichts anderes wollen doch auch die rechtswidrigen
Erlasse der Rheinlandkommission, die deutsche Be-
amte zum Bruch des Dienstes zu verleiten sucht.

Die Barbarei im besetzten Gebiet

Recklinghausen, 12. Febr. Der Divisionsgeneral Pen-
gelot von der 47. franz. Division kündigte dem zweiten Bürger-
meister an, er werde alle Maßnahmen anwenden, bis die
Bevölkerung vor ihm auf den Knien liegt. Auf den Vorhalt,
daß die friedlichen Bürger durch die unaufrichtig durch die
Straßen fahrenden Panzerwagen, die scharfen Schüsse, durch
die Bedrohung mit Bajonetten, Gewehrkolben und Gummi-
trüppeln planmäßig bedroht werden, erwiderte der General
darauf: „Die Bevölkerung ist uns gleichgültig. Uns (Fran-
zosen) geht's gut. Wenn sich die Bevölkerung meinem Willen
nicht beugt, werde ich sie bändigen, bis sie mir aus der Hand
früht.“ — In Recklinghausen, obwohl kein Straßenverbot er-
lassen ist, wird blind auf die Leute auf der Straße eingeworfen
und gestochen. Ein Bergmann wurde von einem Offizier mit
einem Steden geschlagen, daß er blutüberströmt zusammen-
brach. Ein Gemüsehändler wurde mit Gewehrkolben tot-
geschlagen, sein Begleiter erhielt einige Dolchschläge. Aus den
Straßenbahnwagen werden Fahrgäste, auch Frauen und Kin-
der, herausgezogen und mißhandelt. Französische Offiziere
überfielen 30 Seminaristen und schlugen sie mit Reitpöscheln
blutig.

Krieg gegen die Schutzpolizei

Recklinghausen, 12. Febr. General Pengetot richtete
an den Polizeipräsidenten das Ultimatum, daß die Polizei
des ganzen Bezirks ihre Bereitwilligkeit erkläre, die französi-
schen Offiziere zu grüßen. Der Präsident lehnte die Auffor-
derung bestimmt ab. In Dortmund wurden mehrere Poli-
zisten verhaftet.

Mülheim a. Ruhr, 12. Febr. Hier wurden 12 Mitglieder
der Schutzpolizei verhaftet, die feindliche Offiziere nicht grüß-
ten. Dem Polizeikommando wurde keine Mitteilung ge-
macht; nur durch einen Zufall wurde bekannt, daß die Ver-
hafteten sich im Gefängnis befinden.

Das Krankenhaus verweigert

Essen, 12. Febr. Der Oberbürgermeister hat die Anfor-
derung eines weiteren Krankenhauses an die verfeindeten Fran-
zosen abgelehnt, daß der Krankenstand der Zivilbevölkerung
keine weiteren Einschränkungen des Krankenhausbetriebes
mehr vertrage.

Schandurteile in Mainz

Mainz, 12. Febr. Das franz. Militärgericht hat wieder
mehrere deutsche Beamte in leitender Stellung zu je 1 Jahr
Gefängnis verurteilt, weil sie sich geweigert haben, Befehle
der Rheinlandkommission auszuführen. Staatsanwalt Dr.
Schreiber, Mainz, der nach der Verhandlung gegen Thossen
und Genossen auf der Strafe „Hoch“ gerufen hatte, als die
Verurteilten aus dem Gerichtsgelände herausstraten, wurde
wegen „feindlicher Kundgebung gegen die Besatzungsstru-
pen“ zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Aus dem gleichen
Grund traf einen Arbeiter eine Gefängnisstrafe von 2 Mo-
naten, einen Oberleutnantsekretär eine solche von 4 Mo-
naten und einen Gerichtsreferendar eine solche von 2 Jahren.

Witwen- und Waisengelder geraubt

Mainz, 12. Febr. Die Hauptverkehrslinien und die Bahn-
höfe sind immer noch von französischem Militär besetzt; die
deutschen Eisenbahner tun keinen Dienst, sie werden von den
Franzosen am Betreten der Bahnanlagen behindert. Mehrere
Eisenbahnbeamte wurden bei der Auszahlung der rückstän-
digen Löhne, Gehälter, Witwen- und Waisengelder verhaf-
tet. Die Gelder wurden von den Franzosen „beschlagnahmt“, außerdem ein für Lohnzahlungen be-
stimmtes Bankkonto von 61 Millionen Mark. Die von

den Franzosen geführten Personenzüge werden vom deutschen
Publikum gemieden, weil die Reise lebensgefährlich ist.

Neue Verhaftungen

Böckum, 12. Febr. Der Hauptleiter der Gruben „Ver-
einigte Konstantin der Große“, Bergort Hoppenstädter
und der Hauptleiter von Prosper 1, Reckmann, sind ver-
haftet worden. Die Besatzungen haben zum Widerspruch 24
Stunden gestreift. Die Verhaftungen sind um so bemerkens-
werter, als den beiden Leitenden keinerlei Befehle der Be-
satzungsbehörde erteilt worden waren, gegen die sie sich etwa
hätten widersetzen können. Es kommt vielmehr der französi-
sch-belgische Plan zum Ausdruck, alle leitenden deutschen
Persönlichkeiten ohne Ausnahme aus den besetzten Gebieten
zu entfernen. Im ganzen besetzten Gebiet gehen die Verhaf-
tungen und Ausweisungen weiter.

Die Franzosen nehmen jede Kohlenfuhr auf den Straßen
weg und lassen sie in ihren Quartieren abladen. Private
Kohlenlager werden beschlagnahmt.

Düsseldorf, 12. Febr. Der aus Wetter (Ruhr) ausgewie-
sene 63jährige Oberpostmeister Flohr wurde bei der Ver-
haftung gefesselt, 24 Stunden ohne Nahrung im Gefängnis
gelassen und mit einem Auto auf der Landstraße abgeführt.
Die tief in das Handgelenk einschneidenden Fesseln wurden
nicht gelockert, obgleich der Arm abstarb.

Die neuen Pläne

Paris, 12. Febr. Wie verlautet, ist in Brüssel vereinbart
worden, daß die französischen und belgischen Truppen und
Eisenbahner nicht mehr das ganze Eisenbahnnetz in den be-
setzten Gebieten, sondern nur noch die Hauptlinien in Betrieb
setzen werden. Alle höheren Beamten sollen ausgewiesen und
durch Franzosen und Belgier ersetzt werden. Das unter-
geordnete Personal habe unter französischer Leitung zu ar-
beiten. Im allgemeinen soll rücksichtslose Strenge angewendet
werden.

Wieder zurückgeschickt

Paris, 12. Febr. Das französische Ministerium des Aus-
wärtigen hat der deutschen Botschaft auch die Noten der Reichs-
regierung vom 1. und 4. Februar über die rechtswidrigen
Anordnungen der Rheinlandkommission und der Abschnei-
dung des Ruhrgebiets als einem „unberechtigten Tadel“ der
von der Entschädigungskommission festgestellten Verfehlun-
gen“ zurückgegeben. — Die Reichsregierung wird sich durch
die Annahmeverweigerung nicht abhalten lassen, den fran-
zösischen Maßnahmen auch in Zukunft entgegenzuhalten,
was ihnen nach Recht und Gerechtigkeit entgegengehalten
werden muß.

Ein nichtswürdiger Verräter

Paris, 12. Febr. Der Führer der
„Sonderbündler“, Josef Smeatz, habe der Besatzungsbe-
hörde eine Liste von 1200 Eisenbahnern übergeben, die bereit
seien, unter französischem Befehl zu arbeiten. Er habe im
Rheinland über 1 1/2 Millionen Anhänger, die „preußenfeind-
lich“ seien. Es sei dringend notwendig, den Reichskommissar
Fürsten Hahfeld auszuweisen und preussische Zeitungen, wie
die „Köln. Zeitung“, zu verbieten. Die Franzosen könnten
nur mit größter Strenge etwas erreichen.

Das spröde England

London, 12. Febr. Reuter meldet, die britische Regie-
rung habe auf das französische Ersuchen, die durch das eng-
lische Besatzungsgebiet führenden Linien „für den Fall eines
Generalstreiks“ für die Kohlenabfuhr freizugeben, noch nicht
geantwortet. Man sei der Ansicht, daß die beiden den Fran-
zosen jetzt schon zur Verfügung stehenden Hauptlinien für
den Zweck genügen.

Die „Zähmung der Widerpenfligen“

Paris, 12. Febr. „Petit Parisien“ berichtet, die heute in
Wirksamkeit tretende Abschneidung des Ruhrgebiets werde
wahrscheinlich dadurch vervollkommen werden, daß man die
Ausfuhr in jedem einzelnen Fall von der französischen Er-
laubnis abhängig mache. Auf diese Weise soll vorgebeugt
werden, daß die Industriellen das Belieferungsverbot nach
Deutschland umgehen, indem sie die Waren über gewisse an-
dere Länder gehen lassen. Die Industriellen werden ge-
zwungen, mit den Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten,
wenn sie ernste Angelegenheiten vermeiden wollen. Weiter-
hin sollen die Besatzungsbehörden überhaupt den Ver-
kauf der Industrieerzeugnisse des Ruhr-
gebiets in die Hand nehmen. Ob dies durch-
führbar sei, sei noch nicht geprüft, jedenfalls aber werde

jede Lücke in der Verkehrsabschnürung nach Deutschland
hin verstopft.

Zusammenstoß zwischen Franzosen und Polizei

Gelsenkirchen, 12. Febr. Ein von Buer kommender, an-
scheinend „requisitierter“ Personentransportwagen mit zwei fran-
zösischen Gendarmen, wurde heute früh von einem Beamten
der Schutzpolizei angehalten, da die Schlusslaternen entfernt
worden war. Die Franzosen fielen sofort über den Deutschen
her und suchten ihn in den Wagen zu ziehen. Der Polizist
würde sich und erhielt von den Franzosen zwei Schüsse in
den Hals. Eine dazukommende Polizeistreife wurde ebenfalls
beschoffen, diese gaben darauf aber auch Feuer. Ein Fran-
zose wurde am Ellenbogen verwundet, der andere erhielt
eine Bauchschuß.

Neue Bedrückungsnoten

Paris, 12. Febr. Die französische Regierung hat
dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note zu-
gehen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12.
Februar ab metallurgische und andere im besetz-
ten Gebiet fabrizierte Produkte nicht mehr
nach dem nichtbesetzten Deutschland ausgeführt werden
dürfen. Anlaß zu der Maßnahme hätten Befehle
gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im
Ruhrgebiet erteilt habe. Durch diese Befehle versuche
die deutsche Regierung, Unruhen aller Art hervor-
zurufen.

Paris, 12. Febr. Das Ergebnis der vorgestrigen
Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem
belgischen Außenminister Jaspar wird von dem „Petit
Parisien“ wie folgt zusammengefaßt: Es sei vereinbart
worden, die Bemühungen auf den wichtigsten Eisen-
bahnlinien fortzusetzen und neben dem französischen
und belgischen Personal auch diejenigen deutschen
Eisenbahner und leitenden Beamten heran-
zuziehen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillt
seien. Hinzukomme ein System der Ausfuhrbewil-
ligung für sämtliche Industriellen des Ruhrgebiets.
Dies werde die beste Waffe gegen den Widerstand der
Großindustriellen sein.

Weitere Sanktionsmaßnahmen Frankreichs

Paris, 12. Febr. Nach dem „Petit Parisien“ soll in
Paris als weitere Sanktionsmaßnahme für die Ruhe
der Verkauf der Ruhrprodukte ins Auge gefaßt werden.

Ein Ausgewiesener

Frankfurt, 12. Febr. Der Regierungspräsident von
Wiesbaden, Hänisch (Soz.), lehnte das Ansin-
nen ab, das besetzte Gebiet zu verlassen. Er erklärte,
daß er nur der Gewalt weichen werde. Darauf-
hin wurde Hänisch in einem französischen Militär-
automobil über die Grenze des besetzten
Gebietes gebracht.

Der Reichspräsident in Karlsruhe

Karlsruhe, 12. Febr. Reichspräsident Ebert ist heute
in Karlsruhe eingetroffen, um mit der Regierung und den
Berufsständen sich über die Lage im besetzten badischen Ge-
biet zu besprechen.

Karlsruhe, 12. Febr. Um halb 1 Uhr empfing Reichs-
präsident Ebert im Staatsministerium die Vertreter der
Presse. Er sagte, die Stimmung an der Ruhr sei durchaus
einseitig und entschlossen. Was zum Widerstand geschehen
könne, das werde getan. In der gleichen Weise begegne man
dem französischen Einfall in Baden. Ob die Welt zu einem
Eingreifen bereit sei, sei noch nicht entschieden, aber auf jeden
Fall erwarte sie von Deutschland, daß es den bisherigen
Kampf weiterführe. Regierung und Volk im Reich stehen ge-
schlossen hinter Baden. Wie der Kampf auch enden werde,
durch Unterwerfung würde Deutschland sich völlig preisgeben.

Ruhrhilfe

Berlin, 12. Febr. Von dem Restbetrag der Sammlung
der „Neuporters Staatszeitung“ mit 8100 Dollar, der kürzlich
beim Deutschen Roten Kreuz eingelassen ist, wird im Einver-
ständnis mit dem Neuporter Ausschuss die Hälfte zur Beschaf-
fung von Büchsenmilch für das Ruhrgebiet verwendet. Die
Milch ist bereits auf dem Weg.

Die Saatsuchtwirtschaft Ferdinand Heine in Kloster
Hadersleben hat für das besetzte Gebiet 300 Ztr. Weizen
gestiftet.

Gerechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

8. (Nachdruck verboten.)

Als der Schneemann fertig da stand, eröffneten die
beiden Kleinen mit Schneebällen ein wütendes Feuer
auf den beiden, und ihr helles Lachen klang wie blankes
Metall durch die Luft, wie Nase, Ohren oder Arme,
wegfielen oder wenn richtig Eins das Andere traf.

In ihrem Eifer vergaßen sie alles um sich, sogar den
guten Onkel, welcher abseits stand und sich an dem
heiteren Spiel der Kinder still ergötzte.

Es war gut, daß sie die Gedanken nicht sehen
konnten, welche an seinem Geiste vorüberzogen, denn
sonst wäre es mit ihrer Lust vorbei gewesen. Sie
hatten ihn ja so lieb, den guten Onkel, der sie ver-
hätzelte, vergötterte.

Er dachte daran, wie die Beiden noch so ganz, ganz
kleine Dingerchen waren. Emma wurde noch im Kissen
herumgetragen, während Adolf gerade selbstständig auf
den Beinen stand.

Rudolf und Klara waren gleich zu Beginn der
Ehe rasch nacheinander gekommen, während die beiden
Spätlinge erst nach einer langen Pause in die Familie
einführten.

Es waren schlimme Zeiten damals. Das Geschäft,
das sich blühend angelassen und lange Zeit auf einer
glänzenden Höhe erhalten hatte, begann plötzlich zu
sinken, um dann allmählich zurückzugehen. Mit großer
Besorgnis blickte Deder in die Zukunft und alle kauf-
männische Gewartheit und Anstrengung konnte den
Verfall nicht aufhalten. Eines Tages stand Deder vor
der Notwendigkeit, die Zahlungen einstellen zu müssen.

Da erinnerte er sich an seinen Freund Olbrich in
Reichenberg. Er war Junggeselle und fabelhaft reich.
Wenn der ihm half, dann war er gerettet.

Ohne langes Besinnen machte er sich auf den Weg
und er hatte es nicht zu bereuen, denn Olbrich zeigte
sich wirklich als Freund und stellte ihm eine aus-
reichende Summe zur Verfügung. Als Sicherstellung
übergab ihm Deder einen Wechsel.

Freudigen Herzens machte er sich auf den Heimweg.
Seine Freude sollte jedoch nicht lange währen, denn
in Wien wurde er auf dem Bahnhofe verhaftet.

Wleiterner Schreck fuhr ihm durch die Glieder, als ihm
der Geheimholist gegenüberstand und erklärte, daß
er ihm folgen müsse, da er verhaftet sei.

Oh was waren das für schreckliche Stunden, als er
allein, verlassen, getrennt von der Welt und seinen
Lieben, brütend in seiner Zelle saß.

Und dann erfuhr er durch die Untersuchung, wessen
man ihn beschuldigte. Er hatte Olbrich ermordet und
beraubt. Wahnsinnig lachte er auf, als er es erfuhr.
Er beteuerte seine Unschuld, er weinte und tobte — es
war umsonst.

Und die Jurie sprach ihn schuldig, glücklicherweise
nur auf Toischlag, obwohl auch die Frage auf Raub-
mord vorlag.

Das war vor fünf Jahren. Sie hatten aus ihm
einen alten Mann gemacht, einen gebrochenen, unglück-
lichen Greis, ohne Heim, ohne Familie.

IV.

Klara trat mit Doktor Borr ins Wohnzimmer.
Dieser hatte sie bei einer Besorgung getroffen und
dann nachhause begleitet.

Borr war belläufig dreißig Jahre alt, groß und
schlank, mit einem regelmäßigen, gesunden Gesicht, das
von einem englisch zugestuzten, dunklen Bärtchen ge-
schmückt war. Er war aktiver Marinearzt, schied aber
vor einigen Jahren aus dem Dienste und übte in U.
seine ärztliche Praxis aus. Hier lernte er gelegent-
lich eines Krankenbesuches bei einem Freunde Rudolfs
diesen kennen und von da ab wurden die beiden
jungen Männer unzertrennlische Gefährten. Rudolf

fährte den Doktor in seine Familie ein und dieser
sagte alsbald für Klara eine aufrichtige Meinung.

„Ich verstehe sie einfach nicht,“ sagte Borr, während
er Hut, Stod und Ueberrod ablegte und auch Klara
sich ihres Hutes und Mantels entledigte. „Wenn Sie
mir sagen würden, es tut mir leid, Herr Doktor, ich
empfinde nichts für Sie, das würde ich ja begreifen,
aber —“

„Wenn ich das sagen würde,“ fiel ihm Klara ins Wort
— „dann wäre es nicht die Wahrheit.“

Sie forderte Borr auf, Platz zu nehmen und er setzte
sich auf das Ledersofa, auf das auch sie selbst sich
niederließ.

„Und Sie weigern sich dennoch?“

„Ich muß es.“

Borr bat um die Erlaubnis, eine Zigarette rauchen
zu dürfen. Klara holte bereitwillig Feuerzeug und
Aschenbecher und stellte es auf das Tischchen neben
dem Sofa. Dann setzte sie sich wieder und bot ihm
selbst Feuer. Er machte einige tüchtige Züge und der
bläuliche Rauch wiegte sich in krausen Ringeln durch
das Zimmer.

„Was haben Sie denn für Gründe für Ihre Weige-
rung?“ fragte Borr nach einer Weile.

„Dringen Sie nicht in mich,“ bat Klara innig. „Daß
Sie mir sehr wert sind, will ich Ihnen nicht verhehlen,
aber ich kann niemals Ihre Frau werden.“

Der Doktor ergriff ihre Hand und sah ihr liebevoll
in die Augen.

„Sie tun mir wirklich weh, Fräulein Klara,“ sagte
er mit vorwurfsvollem Ton.

„So sprechen wir von etwas Anderem,“ meinte sie
— „denn ich möchte Sie um alles in der Welt nicht
kränken.“

„Warum haben Sie kein Vertrauen zu mir? Warum
wollen Sie mich Ihren Kummer nicht teilen?“

(Fortsetzung folgt.)

Wohnst. C. A. Dia in Sao Paulo (Brasilien) 6,5 Contos de Reis (etwa 25 Millionen Mark).

Nach einer Mitteilung des Reichsausschusses der Landwirtschaft sind bis zum 7. Februar bereits über 400 Eisenbahnwagen zu 200 Ztr. mit den von der Landwirtschaft gespendeten Lebensmitteln ins Ruhrgebiet abgegangen.

Der Landbund Sorau-Forst hat bis zum 2. Febr. 1446 Ztr. Getreide und Mehl, 2100 Ztr. Kartoffeln, 506 Pfund Butter und Speck und 3 Millionen Mark in bar abgeliefert.

Der Landbundtag in Sachsen hat dem Reichskanzler 1000 Ztr. Roggen zur Verfügung gestellt.

Die Landwirte der Westprignitz (Mecklenburg) haben bis jetzt 326 Ztr. Roggen, 46 Ztr. Weizen, 2158 Ztr. Kartoffeln und 6 1/2 Millionen Mark abgeliefert.

Die Raiffeisengenossenschaft in Erfurt spendete 300 Zentner Roggenmehl im Wert von 7 1/2 Millionen Mark.

Die Allgäuer Bauern, Molkereien, Käsereien, Genossenschaften und Händler haben zusammen aus ihren Jahreseinkünften rund 80 Millionen Mark beigesteuert.

Die vom Landbund in Hannover aufgetragenen Spenden für das Ruhrgebiet übersteigen bereits den Geldwert von einer Milliarde Mark.

Wien, 12. Febr. Der Verband der Jugendwohlfahrtspflege in Wien hat sich erboten, Kinder aus den von den Franzosen besetzten Gebieten bei Familien und in feinen Erholungsheimen in Saalfelden und Burgwies unterzubringen.

Wiesbaden, 12. Febr. Wegen der Verhaftung des Oberpostdirektors Frasch und des Oberinspektors Hamel hat heute früh 8 1/2 Uhr das ganze Personal der Post- und Telegraphenverwaltung die Arbeit niedergelegt, worauf die Gebäude besetzt wurden. Um 11 1/2 Uhr wurde der Dienst wieder aufgenommen, nachdem die französischen Soldaten zurückgezogen waren. Ueber die Freilassung der Verhafteten wird noch verhandelt.

100 Pariser Telephonistinnen sollen ins besetzte Gebiet geschickt werden.

Dortmund, 12. Febr. Der Reichskanzler hat aus den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln für die Hinterbliebenen des erschossenen Bergmanns 500 000 Mark überwiesen.

Neue Nachrichten

Die deutsche Wehrmacht im Jahr 1923.

Berlin, 12. Febr. Dem Haushaltsplan des Reichswehrministeriums ist eine Uebersicht über die Stärke des deutschen Heers für 1923 beigegeben. Nach amtlicher Berechnung sind vorhanden: Offiziere 3797, Unteroffiziere 17 941, Obergefreite, Gefreite und Mannschaften 78 866, zusammen 88 604. Ferner sind auf die nach dem Friedensvertrag zugeständenen 4000 Offiziere und 96 000 Mannschaften angerechnet an Beamten: a) auf die Offiziere 203, b) auf die Mannschaften 1103, zusammen insgesamt 100 000; außerdem: Sanitätsoffiziere 203, Veterinäroffiziere 200. Auf die nach dem Friedensvertrag zugeständenen 300 Sanitätsoffiziere sind 7 Militärärzte angerechnet, zusammen also 500.

Die Steuerquellen.

Berlin, 12. Febr. Im Steuerausschuss des Reichstags stellte Staatssekretär Japf mit: Ueber die Steuererträge liegen endgültige Zahlen nur für das Jahr 1920 vor. Danach sind aus Grundbesitz 14,7 Prozent, aus Gewerbebetrieb 21,8 Prozent, aus Kapitalertrag 2,7 Prozent, aus Arbeit 61 Prozent aufgekommene. Wollte man annehmen, daß im Jahr 1921 die Einkommen bis etwa 120 000 Mark auf die Arbeitnehmer (Beamte, Angestellte und Arbeiter) entfallen, so würden etwa 36 Prozent auf die Arbeitnehmer und 64 Prozent auf die übrigen Steuerpflichtigen entfallen, wobei auf die Steuerpflichtigen zwischen 400 000 Mark und einer Million 14,25 Prozent und auf die Einkommen unter 100 000 M 17,2 Prozent kommen.

Freilassung in Dresden

Dresden, 12. Febr. Die am Donnerstag aus einer Vernehmung verhafteten 19 Deutschpölkischen sind auf Anordnung des Untersuchungsrichters freigelassen worden.

Der Streik im Saargebiet

Saarbrücken, 12. Febr. Die von der französischen Behörde angekündigte Entlassung der streikenden Bergarbeiter hat keinen Eindruck gemacht. Die französische Besatzung ist verstärkt worden. Soldaten werden zum Grubendienst verwendet.

Verpändung des französischen Tabakstaatsmonopols?

London, 12. Febr. Reuter erfährt aus New York, amerikanische „Tabakkapitalisten“ haben mit der französischen Regierung wegen der Uebernahme der französischen Tabakindustrie Verhandlungen geführt, die vor dem Abschluß stehen.

Neues Ultimatum der Türken

London, 12. Febr. Der türkische Befehlshaber in Smyrna hat den Verbündeten laut Reuter eine neue Frist von drei Tagen zum Verlassen des Hafens gesetzt. — Vor Smyrna liegen 11 englische, 4 französische, 3 italienische und 4 amerikanische Kriegsschiffe, deren Geschütze auf Smyrna gerichtet sind. Ein weiteres englisches Kriegsschiff wird erwartet.

Wiederum Rand deutschen Landes.

Berlin, 12. Febr. Der Vorsitzende der Volksharterkonferenz, Voincare, hat die Note der deutschen Regierung vom 30. Dezember 1922 wegen der Auteilung des deutschen Dorfes Haag an die Tschecho-Slowakei durch ein Schreiben beantwortet, in dem es heißt, daß auf Grund neuer Erhebungen die Volksharterkonferenz beschlossen hat, die Gemeinde Tschcho-Deutschland anzunehmen und die von der polnisch-tschecho-slowakischen Grenzkommission beschlossene Auteilung des Gebietes von Haag an die Tschcho-Slowakei aufrecht zu erhalten. Diese Orte bilden mit Schandau, über das noch nicht entschieden worden ist, in wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht eine Einheit, und wiederholt haben die Bewohner dieser Gebiete ihren Willen bekundet, bei Deutschland zu bleiben. Gründe für die Auteilung von Haag an die Tschcho-Slowakei wurden nicht angeführt.

Die ungeheure Preissteigerung

6000fache Verteuerung im Großhandel

Die gewaltige Steigerung des deutschen Wirtschaftslebens durch die Besetzung des Ruhrgebiets hat mit der weiteren

Senkung der Mark in der zweiten Hälfte des Januar eine rasche Steigerung von Devisenkursen und Preisen hervorgerufen. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von dem 1475fachen des Vorkriegsstandes im Dezember auf das 2785fache oder um 89 v. H. im Durchschnitt Januar gestiegen. Der Dollar wurde im Durchschnitt Dezember mit 7589 Mark und im Durchschnitt Januar mit 17 972 Mark notiert. Die Höherbewertung beträgt 136,8 v. H. In der gleichen Zeit haben die Einfuhrwaren von dem 2432fachen auf das 4756fache oder um 95,6 v. H. und die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren von dem 1283fachen auf das 2390fache oder um 86 v. H. angezogen. Im einzelnen stiegen Getreide und Kartoffeln von dem 1009fachen auf das 2085fache, Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von dem 1221fachen auf das 2642fache, Kolonialwaren von dem 2485fachen auf das 4593fache, Lebensmittel zusammen von dem 1161fachen auf das 2390fache; ferner Häute und Leder von dem 2181fachen auf das 5130fache, Textilien von dem 2897fachen auf das 5320fache, Metalle und Petroleum von dem 1844fachen auf das 4051fache, Kohlen und Eisen von dem 1873fachen auf das 2831fache, Industriestoffe zusammen von dem 2061fachen auf das 3523fache.

Am 5. Februar haben sich die Großhandelspreise weiter auf das durchschnittlich 5967fache des Friedensstandes gehoben. Am gleichen Tage stehen von den Hauptgruppen die Lebensmittel auf dem 4902fachen, die Industriestoffe auf dem 7958fachen, ferner die Inlandswaren auf dem 11 176fachen der Vorkriegshöhe.

Württemberg

Stuttgart, 12. Febr. Reise des Staatspräsidenten nach Karlsruhe. Staatspräsident Dr. Hiebert begab sich heute nach Karlsruhe, um sich mit dem Reichspräsidenten, der dort zu Besuch eingetroffen ist, sowie mit der badischen Regierung zu besprechen.

Stuttgart, 12. Febr. Bierverteuerung. Die Brauereien haben mit Wirkung von heute an den Hektolterpreis für einfaches Bier von 22 000 auf 40 000 und für Spezialbier von 28 000 auf 50 000 M erhöht. Diese Bierorten werden in den einfachsten Wirtschaften das 0,3 Liter-Bias ausgegeben zum Preis von 180 bzw. 225 M, in den Restaurationen mit größerem Aufwand zum Preis von 200 bzw. 250 M.

Brennstoffpreise. In Stuttgart kostet vom 1. Februar ab der Zentner Anthrazit 8745 M, Koks 7897 M, Kohlenfoks 1. und 2. Sorte 9068 M, Einformbriketts 10 203 M, Steinkohlenbriketts 11 477 M, Unionbriketts 5276 M und Braunkohlenbriketts 4957 M. Lammholz kostet 6211 M, Buchenholz 6606 M, je der Zentner.

Vermischt. Seit Anfang voriger Woche wird ein 13jähriges Mädchen, das von ihren in Gabsberg wohnenden Eltern nach Untertürkheim zum Einkauf von Seife geschickt wurde, vermischt.

Pfaffenlohn, M. Bradenheim, 12. Febr. In die Schafherde gefahren. Am Freitag morgen fuhr der Zug der Zabergbahn in eine Schafherde hinein, die aus dem neben der Bahn liegenden Pflanz ausgebrochen war. Ungefähr 12 Schafe wurden getötet und einige weitere verletzt, die notgeschlachtet werden mußten.

Neuenbürg, 10. Febr. Großfeuer. Am Samstag früh brach in dem Anwesen der Christian Rehgerrschen Gerberei und Lederfabrik Großfeuer aus, das in den aufgestapelten Gerberdeuvorräten reichlich Nahrung fand. Der Schaden ist groß.

Frankenhofen, M. Chingen, 12. Febr. Seltsamer Kauf. Der 82 Jahre alte Prioratier Andreas Mauer verkaufte sein Wohnhaus mit angebauter Scheuer samt schönen Gemüsegarten, 10 Ar Kartoffelland und 4 Morgen Waldgrundstück an Hauptlehrer Dreher um 50 000 Mark. Nach dem heutigen Dollarkurs sind das ganze 6 Friedensmark.

Vom Heuberg, 12. Febr. Kinder aus dem Ruhrgebiet. Im Erholungsheim auf dem Heuberg sollen Kinder aus dem Ruhrgebiet aufgenommen werden. Große Vorbereitungen werden zurzeit dazu getroffen.

Vom Bodensee, 12. Febr. Der Bettler als Millionär. Die Kriminalpolizei verhaftete einen blutjungen Burschen, der vom Bettel in der Schweiz kam, nun aber feingekleidet den noblen Herrn spielte. Im Verhör gestand er, daß er auf dem Bettel in einem Haus in der Schweiz einen großen Betrag gestohlen habe. Zwei Millionen Mark fanden sich bei dem Burschen noch vor, über eine Million hatte er bereits vergebaut.

Stuttgart, 12. Febr. Einschränkungen im Postverkehr mit dem besetzten linksrheinischen Gebiet. Gemäß den heute von amtlicher Seite zugegangenen Weisungen dürfen die deutschen Post- und Telegrafendienstleistungen nur noch von den Franzosen völkerrechtswidrig besetzten Stadt Offenburg von jetzt an nicht mehr annehmen. Briefsendungen an die Einwohner von Offenburg dürfen, wenn sie an benachbarte Postanstalten adressiert sind, nur auf Gefahr des Absenders angenommen werden.

Großgartach, M. Hellbronn, 12. Febr. Moderne Verpachtung. Bei der diesjährigen Verpachtung der Jagd auf 6 Jahre wurde der Pachtpreis nach Hofen festgelegt. Die Mahrung nördlich des Weinbachs erhielt August Eckstein-Friedrichsfeld bei einem Angebot von 230 Hofen, südlich des Weinbachs erfolgte der Zuschlag an Röhrich-Hellbronn bei einem Angebot von 700 Hofen. An Gewicht werden 6 Pfund Jagrunde gelegt pro Hofen bei der Pachtpreisberechnung, und zwar je am 15. November und 1. Januar.

Baden

Karlsruhe, 12. Febr. Der Badische Bahnhof in Basel und der Bahnhof in Waldshut sind von der Eisenbahndirektion Karlsruhe für den Güterverkehr gesperrt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sperre auf andere Uebergangsstationen ausgedehnt werden muß.

Gaggenau, 12. Febr. Als erste in Baden hat die hiesige Stadtgemeinde mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 an das kostenlose Begräbnis der Einwohner nach einheitlichem Muster durchgeführt.

Offenburg, 12. Febr. Einige Tage vor der Besetzung Offenburgs wurde das große Lagerhaus der badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Karlsruhe hier eröffnet. Das Lagerhaus ist gut mit allen wichtigen landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln versorgt.

Wiesloch, 12. Febr. In Baiertal wurde in die katholische Kirche eingebrochen. Die wertvollen Gefäße waren aber in Sicherheit gebracht, sodaß die Spitzbuben unerrückter Sache abziehen mußten.

Nu. der Heimat.

Wiltbad, den 13. Febr. 1923.

Dänen und Reisekosten. Ab 1. Februar erhalten die Beamten bei Dienstreisen in Besoldungsgruppe 1—5 1800 M Diäten und 900 M Ueberrnachtgeld, in 6—8 2250 und 1125 Mark, 9—13 2700 und 1350 M.

Frühlingsboten. Die ersten Staren sind wieder angekommen und haben, nachdem sie die Spahen vertrieben, ihre alten Wohnungen wieder besetzt. Auch die Buchfinken singen schon munter. Die Weiden haben hübsche Käpchen und der Haselstrauch blüht. Am sonnigen Berg zeigen sich die ersten Leberblümchen und Sauerampfer.

Postfrage. In nächster Zeit sollen für den Paketverkehr bei der Post drei Zonen eingeführt werden. Aus diesem Anlaß wird ein Verzeichnis der Postanstalten im Deutschen Reich mit Zonenübersicht ausgegeben werden, das auch käuflich an die Bevölkerung abgegeben wird.

Steuerfreiheit für Ruhrhilfe. Beiträge zur Ruhrhilfe können bei der Einkommensbesteuerung in voller Höhe in Anrechnung gebracht und der entsprechende Steuerbetrag abgezogen werden.

Marken in der Angestelltenversicherung. Die Beiträge zur Angestelltenversicherung sind vom 1. Januar 1923 an durch Marken zu entrichten. Die Marken sind bei den Postanstalten erhältlich. Die Farbe der Marken aller Gehaltsklassen ist blau. Die Unterscheidung der Marken ist durch den Gehaltsklassen- und Vertausdruck gegeben. Beiträge für die Zeit vor dem 1. Januar 1923 sind nach wie vor durch rote Zahlkarte auf das Postcheckkonto der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu überweisen.

Die Wohnungsabgabe. Der Wohnungsausschuss des Reichstags hat die Wohnungsabgabe auf das Dreifache der Vorkriegsmiete festgesetzt. Davon soll ein Betrag von 40 M auf den Kopf der Reichsbevölkerung an den Ausgleichsgrundstock abgeführt werden. Bei einer Kopffzahl von etwas über 60 Millionen würde dies die Summe von rund 2 1/2 Milliarden Mark ergeben.

Die Versorgung mit Zahlungsmitteln. Die Tageserzeugung von Reichsbanknoten, die in den letzten Tagen 35 Milliarden Papiermark betrug, ist jetzt auf 45 Milliarden gesteigert worden. Die Einführung des 50 000 M-Scheins, die unmittelbar bevorsteht, gestattet eine weitere Steigerung um 15 Milliarden je Tag, die in der nächsten Woche bereits auf 75 Milliarden Gesamttagleistung hinausgeführt werden soll. Es werden für die Herstellung von Zahlungsmitteln von der Reichsbank 33 Druckereien und 12 Papierfabriken in Anspruch genommen. Durch die demnächst zu erwartende Herstellung von 20 000- und 100 000-M-Scheinen und durch die vermehrte Ausgabe von 10 000 Mark-Noten kleineren Umfangs, die besonders für Vöhrnungszwecke sehr begehrt sind, wird die tägliche Leistungsfähigkeit vom Ende des Monats an mindestens 125 Milliarden gebracht werden können. Der März dürfte demnächst mehr als drei Billionen neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen.

Warnung an die Landwirte! Seit Einrichtung der Hauptstelle für die Lebensmittelspenden für das Ruhrgebiet erhält die Verteilungsstelle in Minden täglich im Durchschnitt 75 Eisenbahnwagen zugeführt, von wo aus die Gaben unter Leitung des Oberpräsidenten durch die Vertretung aller Berufsstände weiter verteilt werden. Leider haben auch diese Eisenbahnwagen schon wieder gewissenlose Spitzbuben zu betrügerischen Geschäften zu mißbrauchen versucht. Eine große Zahl Händler und Spekulanten hat sich an die Verteilungsstelle herangemacht und um Ausweise als „Auffäufer“ für diese Stelle gebeten, in denen die übrige Bevölkerung gebeten wird, zugunsten der Ruhrbevölkerung den „Auffäufern“ Vorzugspreise zu gewähren. Die Verteilungsstelle hält aber keine „Auffäufer“ und hat dies Begehren natürlich abgelehnt. Sollen sich doch solche „Auffäufer“ zeigen, so sind sie sofort bei der Ortspolizei oder Landjäger anzuzeigen.

Der letzte Kriegsgefangene ist nicht vor einigen Tagen freigegebene Otto Reuter, sondern Otto Hoppe aus Merseburg, der seit März 1916 in französischer Gefangenschaft festgehalten wird. Die Kriegsgefangenenvereinigung in Merseburg hat sich an das Auswärtige Amt gewandt, damit es die Freilassung erwirke.

Falsche 5000 Marknoten. Von den seit Oktober v. J. im Verkehr befindlichen Reichsbanknoten zu 5000 M mit dem Datum des 16. November 1922 sind bereits Fälschungen aufgetaucht. Sie sind auf gelblich getöntem Adlerpost-Briefpapier hergestellt, dessen Adlerwasserzeichen an Stelle fehlenden echten Wasserzeichens (sphärische Dreiecke) in der Durchsicht bemerkbar sind. Die Zeichnung der Fälschung ist roh und unvollkommen, der Druck schl. Hinter den Buchstaben R. B. D. auf der Vorderseite fehlen die Punkte. Auf der Rückseite ist das Wort „Reichsbanknote“ blau gedruckt statt braun, das Wort „Fünftausend“ und die Mitte der Umrandung braun statt blau. Die Fälschung ist leicht zu erkennen. Man hüte sich vor Annahme der Fälschungen und bringe derartige Verurtheile sofort zur Anzeige. Die Reichsbank setzt für Mitteilungen, die zur Aufdeckung von Fälschmünzwerkstätten dienen, hohe Belohnungen aus.

Allerlei

Königen f. Der berühmte Physiker und Entdecker der X-Strahlen, Geheimrat Wilhelm v. Röntgen, ist in München im Alter von 78 Jahren gestorben. Königen, geboren in Venep in Westfalen, wurde 1899 nach der Entdeckung der Strahlen von Würzburg an die Universität München berufen, der er bis vor einigen Jahren im Lehrkörper angehörte.

Die St. Lorenzkirche in Nürnberg vom Verfall bedroht. Die berühmte St. Lorenzkirche, eines der herrlichsten gotischen Baudenkmäler Nürnbergs, droht dem gänzlichen Ruin anheimzufallen. Seit 20 Jahren schon wurden ununterbrochen Stützungs- und Sicherungsarbeiten vorgenommen, um den völligen Verfall aufzuhalten. Diese können leider in Zukunft nicht mehr fortgesetzt werden, da das nötige Geld zur Fortführung dieser Arbeiten — 10 Millionen — fehlt. Da der Verein zur Erhaltung der Kirche in Nürnberg selbst die dazu nötigen Mittel nicht zusammenbringen konnte, wendet er sich an das Ausland, vor allem an Amerika um Unterstützung. Auch ein Zeichen der Zeit!

Der heimgekehrte Deserteur. Eine Ueberraschung hatte eine Landwirtsfamilie in einem Ort der Lüneburger Heide. Vater, Mutter, Kinder und Dienstboten saßen friedlich beim Abendessen, da tritt ein ihnen bekannter Mann in die Tür — ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener, dem es damals bei Vater und Mutter in der Heide so gut gefallen hat, daß er heimwärts nach hier bekam, als er den Raubzug in das Ruhrgebiet mitmachen mußte. Er verschaffte sich Zöllnung, ritt mit seinem Gaul in das unbesetzte Gebiet, machte ihn zu „Papier“ und trat die Reise in die Heide an. Er will mit den Friedensbüchern, seinen Lands-

leuten, nichts mehr zu tun haben. Das läßt sie blicken.

Die Straßenbahngebühren wurden in Berlin auf 200 M für die einfache Strecke und auf 300 M für die Umsteigkarte erhöht. In Leipzig kostet eine Fahrt 300 M.

Unschuldig verurteilt. Am 19. April 1920 wurde der Landwirtschaftslehre Otto Glogig aus Rosenhal bei Dahme (Mark Brandenburg) wegen Meineids zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Hauptzeugenaussage falsch war. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen und Glogig freigesprochen, nachdem er zwei Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte. Als Entschädigung für ungerechte Verurteilung wurden ihm aus der Staatskasse 936,50 Mark — neunhundertsechunddreißig Mark und 50 Pf. — ausbezahlt.

Geldschieber. Bei Singen wurden zwei Angestellte von Expeditionsgeschäften in Singen und Schaffhausen festgenommen, die 30 Millionen Mark in holländischer Währung nach der Schweiz verschoben hatten.

15 Millionen Geldbuße. Ein Tschechoslowake erlaubte sich auf der Straße in Berlin die Unverschämtheit, auszurufen: „Die Deutschen sind die größten Schweinehunde!“ Die Strafkammer III verurteilte den Gemütsmenschen, der als Ingenieur in den Vorfigwerken von den „Schweinehunden“ ein heftiges Gebot bezieht, zu sechs Monaten Gefängnis, sie stellte ihm aber Haftentlassung in Aussicht, wenn er binnen zwei Wochen eine Geldbuße von 15 Millionen Mark bezahlen wolle. Der Angeklagte erklärte sich dazu bereit.

Wilderer Ende. In der Bünaburger Heide wurde ein Verbrecher, ein Schlosser Lukas, von einem Landjäger durch einen Schuß tödlich verwundet, nachdem er sich durch mehrere Revolvergeschüsse der Verhaftung zu entziehen versucht hatte. Lukas hat vor vier Jahren einen Förster in Schlessen ermordet und trieb sich seither wildernd und raubend im Reich herum.

Das Unglück auf der Infanteriegrube der Lantahütte bei Beuthen durch das eingestürzte Hochwasser der Brünha ist glücklicherweise nicht so groß, als zuerst angenommen wurde. Das Wasser konnte bereits zum größten Teil wieder ausgepumpt werden. Nur ein Schacht wird noch längere Zeit stillliegen.

Bei dem gemeldeten Grubenunglück in Dawson (Staat Colorado) sind über 100 Arbeiter umgekommen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 12. Februar: 28 571,25 (31 970,50)
1 Pfd. Sterling 130 173, 100 holl. Gulden 1 027 959, 100 Schweizer Franken 523 687, 100 franzö. Franken 171 071, 100 belg. Franken 151 221, 100 ital. Lire 134 368, 100 österr. Kronen 38,27, 100 tschech. Kronen 93 291, 100 poln. Mark 71 M.
Das Goldsolokaufgeld beträgt für die Zeit vom 14. bis 20. Febr. 700 900 gegen 474 000 v. H. in der Vorwoche.
Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 12. bis 18. Febr. zum Preis von 140 000 M für ein Zwanzigmarsstück und 70 000 M für ein Zehnmarsstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Für Reichsilbermünzen wird der 200fache Preis des Nennwerts bezahlt.

Der deutsche Vorkauf. Die bei Straßburg gelegene Essenerhütte Weberei, die ihren größten Absatz in Deutschland hatte, mußte den Betrieb einstellen, da sie fast nichts mehr nach Deutschland verkaufen kann.
Weizenmehlpriß der Südd. Mühlenvereingung am 12. Febr. 250 000 M die 100 Kilo.

Sprechsaal.

Gründung einer Begräbnisgilde.

Lösung: Mein Sohn, weine über einen Toten und beklage ihn, als wäre Dir ein großes Leid widerfahren. Nach Gebühr bestatte den Leichnam deselben und vernachlässige sein Begräbnis nicht. Str. 28, 16.

Wo in unseren Tagen die Trauer durch Todesfall Einkehr hält, gesellt sich fast immer die graue Sorge dazu: Wie soll man die erschreckend hohen Kosten für ein anständiges Begräbnis aufbringen? Nicht bloß dort schreut diese bange Sorge, wo der Rückhalt einer Krankenkasse fehlt, wo eine vorausgegangene Krankheit trotz Kassenhilfe große Mittel verschlungen. Vielfach ist man geneigt sofort nach der Stadthilfe zu rufen. Warum aber nicht zur Selbsthilfe greifen? Die Stadt tut wahrhaftig in der öffentlichen Fürsorge sehr viel, zudem ist es anerkennenswert genug, daß sie die Sargbretter unentgeltlich zur Verfügung stellt. Der Militärverein hat ja auch eine Sterbekasse, aber für die heutigen Verhältnisse nicht ausreichend.

Befürchtungen, die da und dort in hiesiger Stadt geäußert wurden, ermuntern dazu einen anderwärts durchgeführten Vorschlag der Allgemeinheit zu unterbreiten. Es handelt sich hier um Hebung gemeinschaftlicher Not und diese sollte zur Notgemeinschaft werden, wie immer man dieselbe nennen mag Sterbekasse, Leichnoverein, Begräbnisverein od. -gilde.

Mitglied kann sowohl jede einzelne Person als auch jede Familie werden. Als Familie gelten Eltern und Kinder — einerlei wie viel Köpfe sie zählt —, nicht aber Schwiegermutter, Schwiegermutter, diese müssen Einzel- bezw. Eigenmitglied werden. Das gleiche gilt für erwachsene Söhne und Töchter (blos solche, die im Erwerbsleben stehen oder allgemein? Trennungstrich sehr schwierig! Das Eintrittsgeld für die Person bezw. Familie 100 M. wird als Rücklage für unvorhergesehene Fälle der Not angelegt. Ab 1. April oder 1. Mai höheres Eintrittsgeld (200 M.?). Nach Ablauf eines Jahres ein nach dem Lebensalter sich abstufoendes bezw. steigendes Eintrittsgeld (Entscheidungsalter je ein Jahrzehnt).

Bei eintretendem Todesfall wird eine Umlage durchgeführt pro Mitglied bezw. Familie. Umlagequote 50 M., bei nicht schulpflichtigem Kinde 20 M.

Austritt steht jederzeit frei, doch geht der Austrittende jeglichen Anspruches auch auf das Vereinsvermögen verlustig. Wiedereintritt ist möglich — bei einem um das

mehrfache erhöhten Eintrittsgeld. Wegziehende Mitglieder können Vereinsangehörige bleiben, zur Ersparnis der Portokosten vielleicht Einzug der Umlagequoten am Ende des Jahres.

Die Aemter sollen ehrenamtlich verwaltet werden. Nur keinen großen Apparat, bei dem zuviel Geld unterwegs liegen bleibt. Unterstützung wird sofort ausbezahlt. Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an die Stadtgemeinde, die das Kapital für das Begräbnis Ortsarmer zu verwenden hat.

Im letzten Jahr waren hier 53 Sterbefälle zu verzeichnen, gegen sonst wenig, etwa 100. Aber darauf kommt es nicht an, sondern auf die Zahl der Mitglieder. Nehmen wir 500 Mitglieder an, beträgt das Sterbegeld für Erwachsene bei einer Umlagequote von 50 M. — 25 000 M., bei 1000 Mitgliedern 50 000 M. Bei 40 Sterbefällen von Erwachsenen wäre die Leistungssumme des Mitgliedes im Jahre erst 2000 M., nicht auf einmal, sondern in Raten. Je mehr Mitglieder desto höher das Sterbegeld, bezw. desto niedriger kann die Umlagequote gehalten werden.

Welchen Hinterbliebenen täte ein Sterbegeld von 25 oder 50 000 nicht gut, selbst dort, wo Krankenkassen zugehörigkeit vorliegt. Sage niemand, ich kann es mir leisten. Gut, dann mußt du umjomehr soviel Gemeinfinn aufbringen! Übrigens weißt du nicht, was morgen sein wird! Wir erfahren es täglich, wie alle Berechnungen zu Schanden werden. Freilich für andere zahlen, das geht schwer. Aber es ist kein verlorenes Geld. Einmal kommts auch an Dich, bezw. an Deine Familie. Und 2000 M. gehen doch viel leichter aus der Tasche, als auf einmal 50 000 M. und mehr. Wie froh wird man dann sein, mitgetan zu haben, denn gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Und wenn die Familie lange von Todesfällen verschont bleibt, sollte man dann nicht um so lieber bezahlen. Gewiß mag in den ersten Jahren die Umlage eine häufigere sein, bis die in den höheren Lebensaltern stehenden Mitglieder, wo die Neigung zum Eintritt eine größere sein wird (man verzeihe diese Ausführung) mit Tod abgegangen sind. Später wirds um so leichter, so daß der Verein auf versicherungstechnische Grundlage gestellt werden kann. Zunächst ist das nicht möglich, sonst kommt die Hilfe zu spät. Noch eine Schwierigkeit! Wie soll den Kleinentnern u. s. w. der Beitritt ermöglicht oder geholfen werden? Ist es nötig, daß die Stadt allen Einwohnern die Sargbretter ganz umsonst liefert? Könnte nicht je nach Bedürftigkeit etwas abgestuft werden? Der Erlös wäre für die Unvermögenden zu verwenden.

Nun erwäge man das Für und erst recht das Wider. Je nach dem kann eine Versammlung zur Gründung eines Vereins einberufen werden.

Die Vollzugsverfügung

der Stadtgemeinde Wildbad

zum Reichsmietengesetz

vom 31. Oktober 1922 wird zufolge Verfügungen des Ministeriums des Innern vom 27. Dezember 1922 und vom 26. Januar 1923 wie folgt abgeändert:

- 1) Der in § 2 der Vollz.-Verf. festgesetzte Abzug von der Friedensmiete zur Berechnung der Grundmiete beträgt ab 1. Januar 1923 8 v. H. der Friedensmiete
- 2) Der Zuschlag für Steigerung des Aufwands auf hypothekarische Belastung (§ 3 der Vollz.-V.) beträgt ab 1. Januar 1923 40 v. H. der Grundmiete
- 3) Der Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt vom 1. Januar 1923 ab 250 v. H., vom 1. Febr. 1923 ab 375 v. H. der Grundmiete. Für alle übrigen Betriebskosten findet des Umlageverfahren statt. (§ 4 der Vollz.-V.)
- 4) Der Zuschlag für laufende Instandsetzungskosten (§ 5 der Vollz.-Verf.) beträgt ab 1. Januar 1923 1000 v. H., vom 1. Februar 1923 2000 v. H. der Grundmiete; Erhöhung für jeden Untermieter 50 v. H. der Grundmiete, bei Zimmervermietung an Kurgäste 50 v. H. der Grundmiete für jedes an Kurgäste zur Vermietung gelangende Zimmer.
- 5) Der Zuschlag für die Kosten der großen Instandsetzungsarbeiten (§ 6 der Vollz.-V.) beträgt ab 1. Januar 1923 1000 v. H., ab 1. Februar 1923 2000 v. H. der Grundmiete.
- 6) Für Räume für geschäftliche und gewerbliche Zwecke (§ 7 der Vollz.-Verf.) tritt ein weiterer Zuschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1923 von 500 v. H. der Grundmiete für kleinere Betriebe, für größere Betriebe von 1000 v. H. der Grundmiete.

Für Mieter, die nicht monatlich die gesetzliche Miete bezahlen, treten die Erhöhungen der Zuschläge gemäß der Min.-Verf. vom 27. Dezember 1922 (Reg.-Bl. S. 555).

Wildbad, 6. Februar 1923.

Gemeinderat: Vors. Böhner.

„Gritzner“
Nähmaschinen
bestes deutsches Fabrikat
zum Sticken und Stopfen
Karl Tubach jr. Ensol-
Straß.

Wildbad.

Durch Karl Schanz, Sägewerk in Sprollenmühle werden anlässlich von Ausrodbungsarbeiten im Staatswald Bais bei Sprollenhaus vom 13. Febr. ds. Js. bis auf Weiteres

Steinsprengungen

vorgenommen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Ausschneiden!

Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Die fortschreitende Teuerung und die dadurch bedingte Notlage der Krankenkassen hat die Reichsregierung veranlaßt, durch Verordnung vom 2. Februar 1923 (Reichsgebl. blatt Seite 99) eine weitere Ausdehnung der Grundlöhne vorzunehmen, um einerseits den Rassen erhöhte Einnahmen zu verschaffen, um aber auch andererseits die Barleistungen der Versicherten erhöhen zu können. Der Kassenvorstand hat in seiner Sitzung am 10. Februar 1923 die Grundlöhne bis zum gesetzlichen Höchstbetrag von 3600 M. ausgedehnt und zwar mit Wirkung vom 12. Februar 1923 ab.

Die Uebersicht über Lohnstufen, Beiträge und Unterstützungen ab 1. 1. 23, welche den Arbeitgebern zugegangen ist, ist daher folgendermaßen zu ergänzen:

Lohnstufe	Täglicher Arbeitsverdienst	Grundlohn	Beitrag zur Krankenversichg.		Tägliches Kranken-geld
			Wochen-Beitrag	Anteil des Arbeitg. Verfidh.	
X	von M 1650.— bis M 1800.99	1800	870	290 580	900
XI	von M 1801.— bis M 2400.99	2400	1155	385 770	1200
XII	von M 2401.— bis M 3000.99	3000	1440	480 960	1500
XIII	von M 3001.— und mehr	3600	1725	575 1150	1800

Dieserjenigen Versicherten also, die über 1800 Mark täglichen Arbeitsverdienst haben, sind mit Wirkung vom 12. Februar 1923 ab in die neuen Lohnstufen XI bis XIII einzuteilen und die entsprechenden Beiträge zum Ansaß und Abzug zu bringen. Der 2. Einzugsabschnitt, welcher die Zeit vom 29. 1. bis 25. 2. 23 umfaßt, wird also für solche Versicherte zweierlei Beiträge bringen.

Die erhöhten Barleistungen aus diesen neuen Grundlöhnen werden erst nach der gesetzlichen Schutzvorschrift vom 29. Tag nach dem Vorstandesbeschl. also vom 12. März 1923 an gewährt.

Die Arbeitgeber werden nunmehr aufgefordert, binnen einer Woche die neuesten Löhne der bei ihnen beschäftigten Versicherten unserer Kasse anzuzeigen und wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei Unterlassung dieser Meldung der Kassenvorstand berechtigt ist, bis zur ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festzusetzen, die für Versicherte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt, und, ohne Pflicht zur Rückerstattung, die entsprechenden Beiträge zu erheben.

Vordrucke zu Lohnanzeigen sind bei der Hauptkasse in Neuenbürg und bei den Meldestellen in Wildbad, Calmbach, Höfen, Herrenalb und Schömburg zu beziehen.

Neuenbürg, den 12. Februar 1923.

Vorsitzender des Vorstands:
Fr. Heitzelmann.

Verwalter:
Dobernet.

Wegverbot.

Der Friedhofsweg und der Otto Schwarz-Weg sind von der Sep pelins-Eiche bis zur Laiensteige wegen Holzhauerarbeiten auf 4 Wochen für den Verkehr

g e s p e r r t.

Wildbad, den 12. Februar 1923.

Städt. Forstamt.

Aufheben!

Kassier(erin) gesucht

zum Einzug von Verbandsbeitrags-Marken.
Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Verloren,

Geldbeutel, enthaltend roter Paß. Abzugeben in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Kammerjäger und Rattenjäger.

R. Köder, alterfahrener Fachmann ist hier in Wildbad und Umgegend vertilgt radikal, schnell sicher und gefahrlos unter schriftl. Garantie Ratten, Mäuse, Wanzen u. Bestellungen sofort erbeten an unsere Geschäftsstelle.

Decken Sie sich frühzeitig mit

Bohnerwachs

ein, da die Preise gewaltig steigen.
A. u. W. Schmitt, Med.-Drogerie.

- Herren-Anzüge,
- Alfter, Schlüpfer,
- Feldgraue Hosen,
- Manchester-Hosen,
- Gestreifte Sonntagshosen,
- Buglin-Hosen,
- Zwirnhosen,
- Engl. Lederhosen,
- Winterlobenkittel,
- Windjaden,
- Arbeitsmäntel,
- Drilich-Anzüge,
- Blaue Arbeitsanzüge,
- Schuhwaren, offeriert

Weintraub,
Karlsruhe, Kronenstr. 52

